

16. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Februar 1952

396/J

A n f r a g e

Dr.
der Abg. Dipl.-Ing. Buchberger, Dr. Gasselich und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die mit der Verpachtung der Firma Kast & Ehinger in Wien XI
zusammenhängenden Vorfälle.

--

Die Firma Kast & Ehinger, die als Deutsches Eigentum unter
öffentlicher Verwaltung steht, wurde 1950 an die Firma G. Labitzke & Co.
verpachtet. Der Verfassungsgerichtshof hat diese Verpachtung mit Erkenntnis
von Ende Oktober 1951 für nichtig und zugleich die letzte Bestellung eines
öffentlichen Verwalters als ungesetzlich erklärt.

Die Pachtfirma G. Labitzke & Co., der der Schweizer Staats-
bürger Gustav Labitzke mit der Mehrheit der Geschäftsanteile angehört,
wurde durch einen revolutionären Akt der Betriebsbelegschaft gezwungen,
den Betrieb zu räumen. Seither führte bis zur kürzlichen Bestellung der
neuen öffentlichen Verwalter ein Beauftragter des Betriebsrates die
Firma.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Herrn Bun-
desminister für Finanzen die

A n f r a g e :

Ist der Herr Minister bereit mitzuteilen, was zum Schutze
des Eigentums in- und ausländischer Staatsangehöriger, die bei der
Fa. G. Labitzke beteiligt sind, vorgekehrt worden ist?

--